

Luis Quinteros Yañez

Die chilenische Verfassung von 1980

Politische und verfassungsrechtliche Konzeptionen der Militärjunta in Bezug auf den bürgerlich-demokratischen Staat, die Menschenrechte und Grundfreiheiten
Bremen 1985, Zentraldruckerei der Universität Bremen, 101 S., DM 10,— (deutsch/
spanisch)

Der Verfasser, bis September 1973 Generaldirektor des chilenischen Außenministeriums und seither in der Bundesrepublik Deutschland, schreibt sich in dieser Arbeit vor allem seinen heiligen Zorn über die Diktatur von der Seele. Dies kommt der Nüchternheit der angestrebten Analyse nicht durchweg zugute. Die Arbeit – wiewohl äußerst dürftig belegt – verschafft dem Verfassungsvergleicher, der sich vor dem deutschen Text glücklicherweise immer wieder in die spanische Originalfassung retten kann, dennoch einen aufschlußreichen Einblick in die marxistischen Vorstellungen von einer künftigen Verfassungsordnung in Chile. Audiatur et altera pars.

Karl-Andreas Hernekamp

Jochen Hippler

Krieg im Frieden: Amerikanische Strategien für die Dritte Welt

Köln 1986, 177 S., DM 12,80

12 Jahre nach dem Ende des Indochina-Krieges dauert das »Vietnam-Syndrom« an. Wie konnte es kommen, daß eine vornehmlich aus dem Dschungel operierende Guerilla der größten Militärmacht mit ihrer hochtechnisierten Kriegführung ein »Debakel« bescherte? Die Regisseure solcher Streifen wie »Apocalypse Now« und »Rambo« machten es sich leicht. In ihrer Zelluloid-Wirklichkeit ließen sie ihre »Helden« im nachhinein – cineastisch – siegen. Schwerer taten und tun sich die Militärs und Politiker.

General Maxwell D. Taylor, unter Präsident John F. Kennedy zu Beginn der 60er Jahre Experte für »Aufstandsbekämpfung« (Counterinsurgency), brachte das »Vietnam-Syndrom« auf folgenden Nenner: »Wir haben das Ausmaß der Subversion zu spät erkannt.« Das führt geradewegs in die Logik einer imperialen Großmacht, die überall und jederzeit bestrebt ist, sich gewaltsam Einflußsphären zu verschaffen bzw. unabhängige oder für Unabhängigkeit kämpfende Länder in ihren Bannkreis zu schlagen.

Wirtschaftspolitische und soziale Konflikte in der sog. Dritten Welt wurden seit der Kennedy-Ära zunehmend in das Raster einer Ost-West-Blockkonfrontation gepreßt. Weder die Strategie der »massiven Vergeltung« noch die des »flexiblen Reagierens« sei geeignet, der Sowjetunion und ihren Verbündeten Paroli zu bieten. Stattdessen gehe es darum, den »Kommunismus« immer dort zu stoppen, wo er an den »Rändern der Freien Welt nagt«. Nationalistische und sozialrevolutionäre Erhebungen in der Dritten Welt, so

der Konsens unter Kennedy, mache es notwendig, für den »Freien Westen« die Initiative zu ergreifen. Dafür bedurfte es eines Instrumentariums, das die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten bereitstellte und verfeinerte. Als Schlüssel dazu diente die *Counterinsurgency*-Strategie – die aktive Wahrung »grundlegender Interessen« der USA in den durch offene oder latente Konflikte gekennzeichneten Ländern der Dritten Welt mittels abgestufter (militärischer, polizeilicher, politischer, ökonomischer, sozialer und psychologisch-propagandistischer) Maßnahmen. So plausibel dies in der Theorie klang, so sehr haftete diesem Konzept seit dem Indochina-Krieg der Makel der Fehlerhaftigkeit an. Trotz der Präsenz von über 500 000 US-Soldaten war dort der Versuch mißglückt, ein Abdriften dieser Region aus dem »Freien Westen« zu verhindern. Seit dem »Vietnam-Desaster«, spätestens aber seit der unter Präsident Jimmy Carter hoffähig gewordenen Menschenrechtspolitik schien die Counterinsurgency in Vergessenheit, wenn nicht gar in Verruf geraten zu sein.

Dieser trügerische Schein währte nur kurze Zeit. Mit dem Amtsantritt Ronald Reagans wurde die »klassische« Counterinsurgency in Gestalt der *low-intensity warfare*« (oder des *low-intensity conflict*«) »modernisiert«. Zwei zentrale Merkmale zeichnet diese »Kriegführung von geringer Intensität« aus: 1) anstelle des Unterhalts eines gigantischen Militärapparates rücken die aus sämtlichen Waffengattungen rekrutierten flexiblen und mobilen »Sondereinheiten« – *Special Operations Forces* – in den Vordergrund; 2) um das »Reich des Bösen« – d. h. den »Kommunismus« – *offensiv, effektiver und kostengünstiger* zu bekämpfen, werden notfalls auch institutionelle Veränderungen in den jeweiligen Ländern herbeigeführt. Das erklärt, warum beispielsweise so traditionell amerikahörige Diktatoren wie Marcos (Philippinen) und Duvalier (Haiti) demontiert wurden und – wie in El Salvador – der für das Wachstum der Guerilla verantwortliche Nährboden (agrarischer Großgrundbesitz) weggeräumt werden soll.

Die strategische Bedeutung und Entwicklung der Counterinsurgency/*low-intensity warfare*« stehen im Mittelpunkt dieses überaus nützlichen und informativen Buches. Anhand einiger südostasiatischer und lateinamerikanischer Fallbeispiele wird der Leser mit den Mechanismen und der Wirkungsweise dieses – in letzter Konsequenz (staats)terroristischen – Konzepts vertraut gemacht, das nach der Zählung des *US-Verteidigungsministeriums* gegenwärtig in 40 Ländern der Erde praktiziert wird. Entwicklungspolitisch Interessierte und die Friedensbewegung werden diesem Kapitel imperialer Politik weitaus mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit schenken müssen. Nicht zuletzt geht es um ein tieferes Verständnis der Dynamik sozialpolitischer und emanzipatorischer Prozesse.

Kritisch bleibt anzumerken, daß die Bedeutung der (Politik-, Wirtschafts- und Sozial-) Wissenschaften bei der Ausarbeitung der o. g. Konzepte bzw. deren Instrumentalisierung für militärische Zwecke außen vor bleibt und die behandelten Fallbeispiele aus Südostasien streckenweise fehlerhaft rekonstruiert und unzulässig verkürzt wurden. Immerhin stand dort die »Wiege« der Counterinsurgency.

Rainer Werning